

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

„Online-Ordnungsamt“ für Mängelmeldungen in ganz Berlin einführen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, gemeinsam mit weiteren interessierten Berliner Bezirken schnellstmöglich eine Online-Plattform für Mängelmeldungen („Online-Ordnungsamt“) nach dem Vorbild Lichtenbergs einzuführen, das die bestehenden Service-Angebote der bezirklichen Ordnungsämter ergänzt, mit den herkömmlichen Kontaktwegen gleichwertig behandelt wird und auch die Bürgerdienste des Berliner Senats einbezieht.

Um zu gewährleisten, dass auch auf der Online-Plattform eingestellte Hinweise der Bürgerinnen und Bürger, die nicht in der Zuständigkeit der Ordnungsämter liegen, bearbeitet werden, ist eine vernetzte Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden und für die Ordnung zuständigen landeseigenen Betriebe erforderlich. Hierfür sind Absprachen mit den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR), der Verkehrslenkung Berlin (VLB) und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie ggf. weiterer Beteiligter zu treffen.

Es ist ergänzend zu prüfen, ob und inwiefern die Entwicklung und der Einsatz einer mobilen Applikation (App) für Smartphones und Tablets umzusetzen ist. Alternativ sollen die Daten zur freien Verfügung für verwaltungsexterne Entwickler im Rahmen des Open Data veröffentlicht werden.

Die Anschubfinanzierung für die berlinweite Online-Plattform soll zentral aus Mitteln des Modernisierungsprogramms „ServiceStadt Berlin 2016“ erfolgen. Für den Dauerbetrieb muss ein Finanzierungskonzept entwickelt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2013 zu berichten.

Begründung:

Die Berlinerinnen und Berliner haben Anspruch auf eine bürgernahe Verwaltung. Jede Berlinerin und jeder Berliner soll sich mit Vorschlägen und Anregungen direkt an die Verwaltung wenden können. Dabei sind alle Möglichkeiten der Kontaktaufnahme – per Post, Telefon, E-Mail oder über das Internet, z.B. auch per mobiler App – zu fördern.

Die Einführung der innovativen und dienstleistungsorientierten Online-Plattform in weiteren Berliner Bezirken soll die bestehenden Kontaktwege und Service-Angebote der bezirklichen Ordnungsämter ergänzen, die Möglichkeit bieten, schnell und unbürokratisch online auf Infrastrukturprobleme im öffentlichen Raum hinzuweisen und dafür Sorge tragen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des zuständigen Ordnungsamtes unmittelbar eine Verbesserung der Situation vor Ort herbeiführen.

Eine App ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern ihr Anliegen mit ihrem Smartphone oder ihrem Tablet – auch anschaulich mit Unterstützung eines Fotos – direkt vor Ort auf die Online-Plattform hochzuladen. Das erhöht die Nutzungsbereitschaft zusätzlich.

Der auf der Online-Plattform im Ampel-System dargestellte Bearbeitungsstatus und die dort veröffentlichten Antworten des zuständigen Ordnungsamtes bieten die notwendige Transparenz für Bürgerinnen und Bürger, die ähnliche Anregungen und Fragen haben. Das ist ein wichtiger Beitrag zur direkten Bürgerbeteiligung und zur Verbesserung der Servicequalität.

Zudem wird die Online-Plattform den bereits bestehenden gemeinsamen Internet-Auftritt und die Kontaktformulare aller Berliner Ordnungsämter sinnvoll ergänzen.

Die Anschubfinanzierung über das Modernisierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016“ soll so vielen interessierten Bezirken wie möglich die Chance bieten, sich an der Umsetzung der Online-Plattform zu beteiligen.

Die Kosten für die Ausweitung sind gering. Der Bezirk Lichtenberg nutzt für die Dauer des Pilotprojekts Software und Datenbank des Brandenburger Modells „Maerker“ kostenfrei. Lediglich für die anfängliche Softwareanpassung sind einmalige Kosten in Höhe von 829,12 Euro entstanden, die das Land Berlin übernimmt. Daneben fallen monatliche Betriebskosten für das System in Höhe von 73,00 Euro an, die vom Bezirk getragen werden.

Die Erfahrungen in Lichtenberg zeigen, dass keine zusätzlichen Personalkosten entstehen. Denn die Bearbeitung von Mitteilungen über die Online-Plattform entspricht der Tätigkeit, die ohnehin von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zentralen Anlauf- und Beratungsstellen im Rahmen der Verfahrensbetreuung ausgeübt wird.

Berlin, 22. November 2012

Saleh Langenbrinck Kohlmeier
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Dregger Friederici
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU